Antrag zur KMV am 18.11.2018

Antragssteller: Nicole Gohlke, Ates Gürpınar, Christian Schwarzenberger

Keine Waffen für Schurkenstaaten – Rüstungskonversion in München einleiten

DIE LINKE. München fordert:

- Die Stadt möge eine Konversionskonferenz organisieren, auf der Vertreterinnen und Vertreter der Stadt, der Gewerkschaften und der Friedensbewegung, sowie Mitglieder der Betriebsräte der betroffenen Unternehmen über Wege der Umstellung von Rüstungsindustrie auf zivile Fertigung diskutieren

Begründung:

Nicht erst seit dem Mord an dem Regierungskritiker Jamal Khashoggi ist es klar, dass Saudi-Arabien ein Schurkenstaat ist und Waffenexporte an die Monarchie unverantwortlich sind. Schon seit Jahren führt die Kriegsallianz um Saudi-Arabien einen unerbittlichen Krieg im Jemen. Das Land wurde in die humanitäre Katastrophe getrieben. Millionen Menschen sind durch die Kriegsfolgen vom Hunger bedroht und auf der Flucht. Mehrfach wurde mit deutschen Bomben auch die Zivilbevölkerung angegriffen.

In der Türkei setzt der türkische Despot Erdogan auf Panzer aus München, um im Südosten des Landes und in Nordsyrien gegen progressive kurdische Kräfte vorzugehen und die Bevölkerung zu unterdrücken. In Ländern wie Ägypten werden deutsche Waffen zur Unterdrückung der Zivilbevölkerung eingesetzt. Durch Waffenexporte werden Fluchtursachen verstärkt.

Als einer der fünf größten Waffenexporteure ist Deutschland mitbeteiligt an vielen Kriegen und bewaffneten Konflikten weltweit. Aus der kleinen Anfrage „Rüstungsexporte bayerischer Produzenten 2017“ der Bundestagsfraktion DIE LINKE wurde deutlich, dass ein Drittel der deutschen Waffenexporte aus Bayern stammt. Ein großer Teil der Exporte wird von in und um München ansässigen Rüstungsunternehmen produziert. Die prominentesten Unternehmen sind dabei die Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co. KG (KMW), Deutschlands größter Produzent von Panzerfahrzeugen, und die MTU Aero Engines GmbH, die unter anderem die Triebwerke für den Eurofighter herstellen.

Wir wollen den Stopp aller Rüstungsexporte! München darf nicht am Leid anderer Menschen verdienen! Um zu vermeiden, dass notwendige Schritte zum Exportstopp zu Lasten der Beschäftigten in der Branche geht, wollen wir einen Dialog zur Rüstungskonversion einleiten. Mit einer „Konversionskonferenz“ soll ein Raum geschaffen werden auf dem Vertreterinnen und Vertreter der Stadt, der Gewerkschaften und der Friedensbewegung, sowie Mitglieder der Betriebsräte der betroffenen Unternehmen über die Umstellung der Produktion von Rüstungsgüter auf soziale Fertigung diskutieren können. Durch einer solchen „Konversionskonferenz“ soll sichergestellt werden, dass München nicht mehr an den Kriegen in aller Welt verdient und langfristig gut bezahlte Jobs in München gehalten werden können.